

Die Kooperation des IWIM mit ukrainischen Universitäten – Hoffnung auf die Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit nach dem Angriffskrieg von Putin

Bericht von Axel Sell und Karl Wohlmuth

Bremen, am 5. 3. 2022

Die Ukraine gewinnt im Rahmen der Osteuropa-Forschung des IWIM immer mehr an Bedeutung

Die Kooperation des IWIM mit ukrainischen Wissenschaftlern begann mit einem von der EU geförderten Inco-Copernicus Projekt im Jahr 1998. Neben der Universität Luhansk waren mit der Universität Woronesch u. a. auch russische Wissenschaftler beteiligt (siehe: Final Report „Modernization of Enterprises: Factors, Strategies and Trends“, herausgegeben von der Universität Makedonien, Thessaloniki, Griechenland 2001). Die Kooperation wurde vom IWIM durch vom DAAD geförderte wechselseitige Auslandsaufenthalte für Wissenschaftler und Studenten fortgesetzt. Unabhängig davon konnten im Jahr 2002 dreizehn Praktika für Studenten des Abschlusssemesters aus Luhansk in Bremen vermittelt werden, ein Projekt, das mit längeren Praktika in Folgejahren weitergeführt wurde.



Kooperation des IWIM mit der Universität Luhansk

Durch Forschungen des IWIM zum Transformationsprozess in Osteuropa und zur Reformpolitik in der Ukraine kam es zur Kooperation mit der Nationalen Ökonomischen Universität Kiew. Auf der Jahreswirtschaftstagung des IWIM 2001 sprachen u. a. Wissenschaftler aus Russland, Weißrussland und der Ukraine (Siehe zum Abschlussbericht: A. Sell/T. Schauf, Hrsg., Bilanz und Perspektiven der Transformation in Osteuropa, LIT-Verlag 2003). Speziell auf die Ukraine gerichtet konnte im Jahr 2015 in Bremen ein Workshop über „Wirtschaftliche Perspektiven der Ukraine nach dem Assoziierungsabkommen mit der EU“ durchgeführt werden. Wichtige Aspekte der Reformpolitik des Landes wurden bei dem Workshop diskutiert; noch existierende Handlungsbedarfe für die Wirtschaftspolitik der Ukraine wurden thematisiert. Die Professoren des IWIM (Professor Axel Sell und Professor Karl Wohlmuth) publizieren auch in international angesehenen wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschriften der Ukraine (wie dem Journal Of European Economy, herausgegeben von der Ternopil National Economic University, Ternopil, Ukraine) über weltwirtschaftliche, transformationspolitische und entwicklungspolitische Fragen. Daneben gab und gibt es an der Universität Bremen in mehreren Fachbereichen weitere Kooperationen mit ukrainischen Universitäten.



Kooperation des IWIM mit der Nationalen Ökonomischen Universität Kiew (vorne im Bild eine Kollegin von der Universität in Kiew und ein Kollege des IWIM)

Die unterschiedlichen Modernisierungskonzeptionen in der Ukraine und in Russland stehen im Mittelpunkt der Osteuropa-Forschung des IWIM

Immer stärker wurden im Rahmen der Osteuropa-Forschung des IWIM sich ausdifferenzierende Entwicklungswege und Transformationsstrategien erkennbar, insbesondere zwischen Russland und der Ukraine. Während die Ukraine immer stärker eine marktwirtschaftliche Ordnungspolitik im Rahmen der EU-Assoziation durchsetzen wollte,

wurde eine neue Industriepolitik in Russland zum Eckpfeiler der Wirtschaftspolitik. Neue Grundlagen für die Implementierung einer strategischen Wirtschaftspolitik Russlands wurden ab dem Jahr 2000 mit Gesetzesänderungen zum Bodenrecht, zum Bürgerlichen Recht und zum Recht im Bereich der natürlichen Ressourcen geschaffen. Das Thema der „strategischen Sektoren“ wurde von Putin nach der Wiederwahl für die zweite Amtsperiode des Präsidenten im Frühjahr 2004 in die Öffentlichkeit gerückt. Herausgehoben wurde in den Medien die Notwendigkeit staatlicher Kontrolle über die natürlichen Ressourcen. In der Ansprache an den Rat der Russischen Föderation stellte er im Jahr 2005 fest, dass es Zeit sei, klar jene ökonomischen Sektoren zu bestimmen und zu benennen, in denen die Stärkung der Unabhängigkeit und der Sicherheit Russlands eine vorherrschende Kontrolle durch nationales privates und staatliches Kapital erforderlich mache. Im Jahr 2008 unterzeichnete er als Präsident das Gesetz über die strategischen Sektoren. Neben den schon bestehenden Beschränkungen für ausländische Investoren im Banken- und Versicherungssektor wurden 42 Sektoren definiert, in denen ausländische Investitionen nur mit behördlicher Zustimmung getätigt werden dürfen. Zu den beschränkten Bereichen gehören auch Druck und Publikationen, Fernsehen und Radio.

Analysen aus dieser Zeit weisen darauf hin, dass wesentliche Vermögenswerte der Medien schon früh vom Staat und von Lobbyisten übernommen worden sind. In vielen anderen als strategisch eingestuften Sektoren spielen seither Kreml-loyale Oligarchen eine bedeutende Rolle. Auf der 2008 vom IWIM in Moskau mitgestalteten Konferenz „Government Relations. Interaktionen zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“ wurde die Bedeutung russischer Auslandsinvestitionen durch Gazprom und Rosneft entlang der Lieferkette von Öl und Gas kontrovers diskutiert (Siehe den Konferenzbericht: A. Sell/A. Krylov, Government Relations. Interaktionen zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Verlag Peter Lang 2009). Russische Diskutanten empfanden es als russlandfeindlich, wenn russischen Unternehmen Erwerb und Erweiterung von Beteiligungen erschwert würde. Aus Sicht von Abnehmern sahen andere Konferenzteilnehmer keinen Grund, die eigene Position in der Wertschöpfungskette ohne Not aufzuweichen. Wie bedeutsam die Angelegenheit für einige Akteure war, wird durch den späteren Asset-Tausch von BASF und Gazprom 2015 deutlich. Beteiligungen am Erdgashandel und an der Erdgasspeicherung wurden von Wintershall, eine Gruppengesellschaft von BASF, an den bisherigen Partner Gazprom übertragen. Entschädigt wurde Wintershall durch Anteile an Förderfeldern in Sibirien. All diese Entwicklungen führen dann direkt zu Nord Stream und zur Gasversorgung als geopolitisches Instrument. Die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine wurden zunehmend von der politischen Lage in der Ukraine und von der Gasversorgung für Deutschland und Europa bestimmt.

Der 24. Februar 2022 – der Überfall auf die Ukraine beginnt mit Raketenangriffen

Innerhalb von wenigen Tagen eskalierte der über Monate vorbereitete Angriffskrieg Russlands: Bombenhagel auf immer mehr Städte in der Ukraine – viele Zivilisten sterben; Europa und die ganze Welt werden durch den Angriff Russlands auf das größte Atomkraftwerk in Europa (Saporischschja) gefährdet; die Zerstörung der Infrastruktur der Ukraine beeinträchtigt immer mehr die Versorgungslage der Einwohner; Krankenhäuser, Wohngebiete und Schulen werden bombardiert; die Einkreisung der Millionenstadt Kiew durch das russische Militär erinnert an die Geschehnisse in Leningrad und Stalingrad während des Angriffskrieges der deutschen Wehrmacht in der Zeit des Nationalsozialismus; die

Flüchtlingszahlen aus der Ukraine steigen bis zum 3. März 2022 dramatisch an auf 1,25 Millionen Menschen (vor allem Frauen, Kinder und Alte); es wird laut IOM (Internationale Organisation für Migration) und CNN mit bis zu 10 Millionen Flüchtlingen aus der Ukraine gerechnet; die Industrie und die Landwirtschaft der Ukraine werden systematisch zerstört, mit gravierenden Folgen für die Weltwirtschaft und für Afrika; die steigenden Weizenpreise können zu einer Hungersnot in weiten Teilen Afrikas führen. Aber: Eine riesige Welle der Hilfsbereitschaft entfaltet sich in ganz Europa. Die EU wird als politische, soziale und humanitäre Gemeinschaft zunehmend handlungsfähig. Das Argument der osteuropäischen EU-Mitgliedsländer, sie seien durch Putin trotz der NATO-Mitgliedschaft schon längst gefährdet, wird nun sehr ernst genommen.

Zerstörungen und Kriegsverbrechen in der Ukraine – Agenda des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung

Mit Präzisionswaffen werden Dörfer, Städte, kritische Infrastruktur, Zivilisten angegriffen. Neben den materiellen Schäden werden tausende Todesopfer und eine Vielzahl von traumatisierten Personen zu beklagen sein. Viele ukrainische Mütter werden ihre Kinder allein erziehen müssen, weil ihre Männer im Verteidigungskampf gefallen sind. Der Wiederaufbau des Landes - unter welchen politischen Vorzeichen auch immer - wird hunderte Milliarden Euro kosten. Russland wird sich an einem Wiederaufbaufonds für die Ukraine so oder so beteiligen müssen. Eine international verwaltete „Abgabe auf die Öl- und Gaseinnahmen Russlands“ wird schon jetzt diskutiert (in Anlehnung an das Programm für die finanziellen Sanktionen gegenüber dem Irak nach der Kuwait-Invasion („Reparationszahlungen“). Auch die Ressourcen der Oligarchen und anderer Kriegsverursacher und Kriegstreiber werden herangezogen werden müssen, um die verwüstete Ukraine wieder aufzubauen.

Wichtige Resolutionen und Kommentare zum Angriff auf die Ukraine

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen und die Afrikanische Union verabschieden Resolutionen und Appelle, um dem Angriffskrieg auf die Ukraine Einhalt zu gebieten:

“General Assembly resolution demands end to Russian offensive in Ukraine” (2 March 2022): Link: <https://www.undocs.org/en/A/ES-11/L.1>

Comments on the Resolution:

Link: <https://news.un.org/en/story/2022/03/1113152>

“Statement from Chair of the African Union, H. E. President Macky Sall and Chairperson of the AU Commission H. E. Moussa Faki Mahamat, on the situation in Ukraine”

Link: <https://au.int/en/pressreleases/20220224/african-union-statement-situation-ukraine>

Comments on the Statement:

Link: <https://blogs.die-gdi.de/2022/03/04/un-general-assembly-voting-on-ukraine-what-does-it-tell-us-about-african-states-relations-with-external-partners/>

„Putin hat die Ukraine für immer verloren“

Link: <https://www.n-tv.de/politik/Putin-hat-die-Ukraine-fuer-immer-verloren-article23174318.html>

**Der Angriff mit russischen Raketen auf das Atomkraftwerk Saporischschja, Ukraine
CNN, March 5, 2022: “Ukrainian nuclear power plant attack condemned as Russian troops 'occupy' facility”**

Link: <https://edition.cnn.com/2022/03/03/europe/zaporizhzhia-nuclear-power-plant-fire-ukraine-intl-hnk/index.html>

**Der UN-Menschenrechtsrat untersucht die Kriegsverbrechen in der Ukraine:
“Human Rights Council establishes an Independent International Commission of Inquiry to investigate all alleged violations of human rights in the context of the Russian Federation’s aggression against Ukraine”**

Link:

<https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/Pages/NewsDetail.aspx?NewsID=28203&LangID=E>

Präsident Selenskyj: "Lernt die Wörter Reparationen und Kontributionen"

Link: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-03/ukraine-invasion-reparationsforderung-russland-verhandlung-kriegsschaeden>



Menschen an einer zerstörten Brücke in der ukrainischen Stadt Irpin © Anastasia Vlasova/ Getty Images

Quelle: ZEIT ONLINE, 3. März 2022, 14:29 Uhr